

Behauptungen Brändts richtiggestellt werden können, daß aber irgendwelche Entscheidungen darüber, in welcher Form dies geschehen solle, noch nicht getroffen sind.

Der Arbeitsplan des preußischen Innenministers.

Berlin, 27. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem preußischen Minister des Innern, Severing, der hervorhob, daß die Kommunalverfassungsgesetze die dringlichsten Angelegenheiten im Verwaltungsbereich des Ministeriums des Innern darstellen. Die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzen, die ursprünglich durch ein besonderes Gesetz geregelt werden sollte, werde, worüber bei den Koalitionsparteien schon Übereinstimmung bestehe, bei der Fertigstellung der Provinzialordnung ihre Regelung finden. Bezüglich weiterer Maßnahmen für die Demokratisierung der Verwaltung wies der Minister es als böswillige Unterstellung zurück, wenn behauptet werde, daß die Regierung Hintertreppenspolitik zu betreiben beabsichtige. Dagegen liege es im staatlichen Interesse, daß besonders der Teil der Beamtenschaft ermuntert und gefördert werde, der sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stelle und in der Staatsregierung den demokratischen Geist lebendig machen wolle.

Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder.

Berlin, 26. Nov. Das Reichskabinett hat, wie bereits gemeldet, für die Zwecke der Ernährungsfürsorge für unterernährte Kinder einen Betrag von 100 000 Mark für das laufende Etatsjahr zur Verfügung gestellt. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dazu erzählt, soll diese Ernährungsfürsorge des Reichs, bei deren Durchführung auch auf die finanzielle Beteiligung der Länder gerechnet wird, vornehmlich den Kreisen der Bevölkerung zugute kommen, die von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not besonders betroffen werden. Sie soll mit dem Kinderhilfswerk der Quäker dergestalt verbunden werden, daß die für die Speisungen durch die Quäker benötigten Mengen Wehl und Zucker von der deutschen Regierung weiter unentgeltlich bereitgestellt werden.

Der Ausverkauf im besetzten Gebiet.

Mainz, 26. Nov. Wie die Handelskammer mitteilt, wird in einer dem Reichs-Kommissar der besetzten rheinischen Gebiete zugegangenen Note der interalliierten Rheinlandkommission zweifellos festgestellt, daß auch im besetzten Gebiet die Erhebung besonderer Zuschläge bei Verkäufen an Ausländer zulässig ist, soweit es sich nicht um Angehörige der alliierten Armeen und der Rheinlandkommission handelt und um die ihnen zugewiesenen Personen und Familienangehörigen, die sich als solche ausweisen. — Damit sind alle Maßnahmen natürlich wertlos.

Landtag.

Beratung des Gesetzes über die staatliche Polizeiverwaltung. (S. B.) Stuttgart, 26. Nov.

Der Zentrumsabgeordnete Bod erstattete den Bericht des Ausschusses. Die ursprüngliche Absicht, das gesamte Polizeigebiet der Gemeinden in die Verwaltung des Staates herüber zu nehmen, wurde durch den bekannten Antrag Heymann-Bod-Scheef ausgegeben, jedoch die Polizei den Gemeinden grundsätzlich überlassen bleibt und nur einzelne Zweige wie die Sicherheits- und Kriminalpolizei unter staatliche Obhut kommen. Bazille (SP.) charakterisierte das Gesetz als nicht für die Dauer geschaffen, sondern nur dazu bestimmt, den schweren Gefahren für die Sicherheit und den Bestand des Staates zu begegnen. Die Bürgerpartei stimmt deshalb zu. Den Reich und der Oppositionsredner erdrosselte der Unabhängige Schuler, der den Mehrheitssozialisten vorwarf, sie hätten ihre frühere Gegnerlichkeit gegen die Polizeiverstaatlichung um das Linsengericht eines Ministerpostens verkauft. Der Landespolizeirat sei nur ein Pflasterlein auf die Wunden der Gemeinden. Die Polizeiverstaatlichung solle den Untertanengeist kontervirieren und bilde eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution. Selbst der Grundgedanke „keine Ausgabe ohne Deckung“ sei dabei verlassen worden. Unter der früheren Staatsform hätte man die Gemeinden nicht so brüskiert. Der Abg. Heymann verteidigte die Mehrheitssozialdemokratie. Es sei die Schuld der Unabhängigen und Kommunisten, daß schon bei ihren Putschversuchen 1919 eine staatliche Polizei ins Leben gerufen werden mußte. Ursprünglich sei keine Partei nur für die Verstaatlichung der Kriminalpolizei gewesen, aber es sei falsch, daß der Polizeibeirat nur eine Dekoration bilde; gerade er gewährleistet die Gemeinden den nötigen Einfluß im Sinne der Selbstverwaltung. Bazille habe recht, daß das Gesetz nicht auf die Dauer sein soll. Der Kommunist Stetter hielt eine leidenschaftliche Protestrede, sprach von einem Knebelungsgeß gegen die Arbeiterklasse, beschwor den Geist des ermordeten Erzberger, trumpfte mit deutsch-nationalen Mörderbanden auf und erklärte, nur die Angst vor der Bankrottspolitik diktiere dieses Ausnahmegesetz, das das Schlechthandelsobjekt der Sozialdemokratie um einen Ministerposten sei. Als er von einer Hanswurstaube zwischen Graf und Heymann und von einer National mit doppeltem Boden sprach, erhielt er einen Ordnungsruf. Die Kommunisten lehnen das Gesetz ab und stimmen den Anträgen der Unabhängigen zu. Nicht in dieser Weise solle die Entscheidung, sondern draußen auf der Straße durch die Maj. Der 9. November 1918 werde sich in anderer Gestalt wiederholen. Der DDP-Abg. Scheef widerlegte eingehend die gegen den Entwurf erhobenen Bedenken. Die Durchführung des Gesetzes werde in bürgerlicher Form erfolgen, nicht im Sinne des Militarismus. Mittel und Wege für die finanzielle Deckung würden gefunden werden. Die Gemeindeverwaltungen erhielten Erleichterungen und finanzielle Entlastung. Minister Graf verwahrte sich gegen eine Schmälderung der Selbstverwaltungsrechte und berief sich auf das Zeugnis des Bundes des Städtetages. Von Militarisation könne keine Rede sein. Die neue Gemeinde- und Bezirksordnung

im Laufe des nächsten Jahres kommen. Nach weiterer lebhafter Debatte wurde um halb 1 Uhr die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr vertagt.

Arbeiterchaft und Aufsichtsrat der Redar-A.G.

Auf die Kleine Anfrage der Abg. Stetter und Schneck (Komm.) wegen Beteiligung der Arbeiterchaft im Aufsichtsrat der Redar-A.G. wurde von Minister Graf erklärt: Nach den zwischen dem Reich und den Ländern Württemberg, Baden und Hessen bei Gründung der Redar-A.G. getroffenen Vereinbarungen sollte zunächst ein von Baden vorgelegener Vertreter der Arbeiterchaft im Aufsichtsrat sich und Stimme erhalten, als welcher in der ersten Generalversammlung dann auch der den freien Gewerkschaften angehörige Gewerkschaftssekretär Heinrich Fischer in Karlsruhe gewählt worden ist. Es ist mir dann gelungen, nicht nur bei den übrigen Gründern die Zusage der Wahl eines weiteren Arbeitervertreters, sondern auch das zu erreichen, daß das Reichsverkehrsministerium, dem für diesen Vertreter das Vorschlagsrecht eingeräumt werden mußte, sich bereit erklärte, einen Vertreter der württembergischen Arbeiterchaft zu benennen. In einem an das Reichsverkehrsministerium gerichteten Schreiben vom 12. Sept. ds. Js. habe ich den von der Bezirksleitung des 9. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbands angeregten Weg, das Statut der Vereinigten Gewerkschaften von Württemberg und Hohenzollern um Vorschläge zu erforschen, als geeignet bezeichnet und dabei weiter bemerkt, daß außer diesem Statut für Vorschläge 1.) der Christl. Metallarbeiterverband, Bezirksleitung Stuttgart, 2.) der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Bezirksleitung Stuttgart-Gomstätt in Betracht komme. Das Reichsverkehrsministerium hat mir kein an die drei genannten Organisationen gerichtetes Schreiben mitgeteilt, in dem diese ersucht werden, dem Reichsverkehrsministerium eine oder mehrere geeignete Persönlichkeiten, die den Arbeiten der Gesellschaft nahestehen, im Benehmen miteinander baldmöglichst vorzuschlagen. In der Generalversammlung vom 5. November ds. Js. hat sodann der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums bei der Vornahme einer Reihe von Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat, wo es dem Rechte des Reichsverkehrsministeriums entsprach, von sich aus, ohne daß mir hierauf irgend eine Einwirkung möglich gewesen wäre, den Landtagsabgeordneten Karl Bengler als weiteren Arbeitervertreter vorgeschlagen, der dann auch ohne Erörterung gewählt worden ist. Hierin eine Aenderung herbeizuführen, steht mir schon rein rechtlich nicht zu.

Achtstundentag und Mühlgewerbe.

Minister Reil gab auf die Kleine Anfrage des Abg. Wilhelm Weiswenger (D. V.) folgende Antwort: Die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, die zurzeit noch in Geltung ist, ermächtigt es, den Bedürfnissen des württembergischen Mühlgewerbes und der landwirtschaftlichen Betriebe Rechnung zu tragen durch eine von den allgemeinen Vorschriften abweichende Regelung der Arbeitszeit durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten oder den Demobilisationskommissar, falls dies im öffentlichen Interesse nötig ist. Erfolgt die Genehmigung durch den Gewerbeaufsichtsbeamten, so ist Zustimmung der Arbeitervertretung des Betriebs Voraussetzung der Ausnahmegenehmigung. Im übrigen werden nach der Auffassung des Arbeitsministeriums Fragen dieser Art zweckmäßig durch Vereinbarungen zwischen den in Betracht kommenden Verbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber geregelt. Im gleichen Sinne äußerten sich bei einer im Juni ds. Js. im Arbeitsministerium stattgefundenen Besprechung der an der Frage beteiligten Kreise des Mühlgewerbes sowohl die Vertreter der Arbeitnehmer wie die der Arbeitgeber, und einer Anregung des Arbeitsministeriums entsprechend sollten alsbald unmittelbare Verhandlungen zwischen den Parteien in dieser Richtung aufgenommen werden. Da nach einer neuerlichen Mitteilung diese Verhandlungen bisher ein Ergebnis nicht gehabt haben, wird sich das Arbeitsministerium wiederholt mit den beteiligten Organisationen wegen tariflicher Regelung der schwebenden Fragen ins Benehmen setzen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. November 1921.

Prüfungsergebnis.

Bei der im Herbst dieses Jahres vorgenommenen Prüfung für den mittleren Justizdienst ist u. a. Bewerber zur Übernahmevertrag in Betracht kommenden Verträge für befähigt erklärt und zum Notariatspraktikanten bestellt worden: Gottlieb Dännele, Gemach von Stammheim.

Deutschnationaler Jugendbund Calw.

Am letzten Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Calw des Deutschnationalen Jugendbundes im Badischen Hof eine öffentliche Feler. Eröffnet wurde diese mit der Wiedergabe des ersten Satzes aus Haydn's Militärmusik durch das Orchester der Ortsgruppe Pforzheim des Deutschnationalen Jugendbundes, unter der künstlerischen Leitung Fritz Häußens-Pforzheim. Der Vorstand der Ortsgruppe Calw, Rolf Hägtele, hielt die Begrüßungsansprache. Er hieß die Anwesenden, jung und alt, die Gäste und Freunde und vor allem die Pforzheimer Kameraden herzlich willkommen. Der Zweck des Abends sei vor allem, die deutsche Jugend zu wecken und zu werden für den deutschnationalen Jugendbund, der überparteilich und keine Politik treibend die deutsch und national denkende Jugend sammeln wolle für den Wiederaufbau des darniederliegenden Vaterlandes. Vor allem wende er sich gegen die Vernichtung der Gegenwart und die Schundliteratur. Es folgten der Vortrag des Gedichtes „Bergessen“ von Barck und das Vorspiel zur Oper „Kunsthilf“ von Kistler (Orchester). Karl Schmidt-Pforzheim sprach dann in einem kurzen erläuternden Vortrag über die „Nationale Jugendbewegung“. Das Deutsche Reich sei nicht mehr, nur noch eine wehmütige Erinnerung. Was sich heute mit seinem Namen schmücke, könne die deutschnationalen Jugendbewegung als solches nicht anerkennen. Aber sie hoffe, daß aus Trümmern und Ruinen neues Leben erkehen werde. Es gelte vor allem, die deutsche Seele zum Siege zu führen gegen den Materialismus. Zu der wahren Volksgemeinschaft komme man nur über das nationale Bewußtsein.

Und die Rolk- und Brudergemeinschaft sei das Ziel auch der D. N. Jugendbewegung. Es werde von ihr keine Parteipolitik getrieben, sondern der nationale und soziale Geist gepflegt über alle konfessionellen Unterschiede hinweg. So könne die stetige geschichtliche Entwicklung des deutschen Vaterlandes wieder aufgenommen und weitergeführt werden, die der 9. November gewaltam unterbrochen habe. Der Vortrag müsse sein: die Tat, der Leitsatz: für das Vaterland. Der Redner forderte zum Schluß die Jugend auf zur Mitarbeit an der D. N. Jugendbewegung und bittet Eltern und Lehrer um Unterstützung. Nach dem Vortrag wurde das Deutschlandlied von der Versammlung stehend gesungen. Das Gedicht „Auswendiglernen“ von Bierles vor Münchhausen, zwei Gesangsvorträge „Auch ich war ein Jüngling mit lockigem Haar“ und „Wohlauf noch getrunken den funkelnden Wein“, das Gedicht „Was uns bleibt“ von Reuer und der Schlussspruch „Unser Garde“ von Förster bildeten den zweiten Teil der Darbietungen. Die Schlusssprüche mit Dankworten an Mitwirkende und die Teilnahme der Anwesenden und dem Dank für die Einladung hielt Erich Studel, der Vorstand der Jugendgruppe Pforzheim.

Elfaß-Lothringische Flüchtlinge.

Mit dem 19. August 1921 ist endlich das Verdrängungsgesetz in Kraft getreten, auf das die Flüchtlinge des Ostens und Westens seit Jahr und Tag gewartet haben. Soweit das Gesetz die elfaß-lothringischen Flüchtlinge betrifft, gewährt es mehr als diese Flüchtlinge bisher auf Grund der „Nichtlinien“ vom 9. Januar 1920 im Wege der Vorentschädigung an Vorschüssen und Verlusten erlangen konnten. Gleichzeitig mit dem Verdrängungsgesetz ist auch die Entschädigungsordnung in Kraft getreten, die als Besonderheit ein sogenanntes Vorrückungsverfahren durch die „Interessenverbände“ vorsieht. Mit der Organisation dieser Stellen hat man begonnen. Wollen die Flüchtlinge irgend einen Einfluß hierbei ausüben, so können sie dies selbstverständlich nur dadurch tun, daß sie dem für ihren Wohnsitz zuständigen Verein beitreten.

Neuregelung der Bezüge der Körperschaftsbeamten.

Durch einen Erlaß des Ministeriums des Innern an die Gemeinden, Amtskörperschaften usw. werden die Bezüge der Körperschaftsbeamten entsprechend dem Vorgang im Reich neu geregelt. Einer förmlichen Aenderung der einzelnen Besoldungsstufen und ihrer wiederholten Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden bedarf es nicht, da die neuen Grundgehälter, Kinder-, Orts- und Teuerungszuschläge ohne weiteres an die Stelle der bisherigen treten. Dagegen ist es nicht zu umgehen, daß die Gemeinde- und Bezirksräte usw. die neuen Bezüge zur Zahlung anweisen. Mit diesen Anweisungen sollte nicht zugewartet werden, bis der Landtag das Besoldungsgesetz förmlich verabschiedet haben wird. Im Hinblick auf die auch in weiten Kreisen der Körperschaftsbeamten herrschenden Äußerungen ist es geboten, die plannmäßigen und außerplanmäßigen Körperschaftsbeamten sobald als möglich in die neuen Bezüge einzuzweielen. Die Einzelregelung wird genau nach den Vorgängen beim Reich und Land bestimmt. Auch die Dienstbezüge der nebenberuflichen Beamten sollen angemessen erhöht werden. Gemeinden und Körperschaften, die den Mehraufwand der neuen Besoldungsaufbesserung nicht aufbringen, haben bis 1. Dezember ihren Mehraufwand anzumelden und erhalten entsprechenden Voranschlag aus Reichsmitteln. Gemeinden und Bezirksverbände, deren Umlage weniger als 20 Prozent beträgt, bedürfen zur Bestreitung des Besoldungsaufwands eines Vorstufes im allgemeinen nicht. Die Oberämter und Kreisregierungen haben bis 5. Dezember ihre Forderungen beim Ministerium bezüglich des Vorstufes anzumelden.

Von der Lebensmittelversorgung für wirtschaftlich Schwache.

(S. B.) Stuttgart, 24. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Bei der von den landwirtschaftlichen Hauptorganisationen zugunsten der wirtschaftlich Schwachen Kreise der Bevölkerung eingeleiteten Sammlung von Kartoffeln und in Gebirgen, in denen die Kartoffelernte schlecht ausgefallen ist, von Getreide, zum Umlagepreis, stehen nach den bisherigen Meldungen folgende Bezüge an der Spitze: mit Kartoffeln: Saulgau mit 2800 Ztr., Ulm mit 2050 Ztr., Reiblingen mit 2000 Ztr. und Ehingen 1800 Ztr. Mit Getreide der Bezirk Neckarsulm mit 500 Ztr. Dessen erfreulichen Ergebnissen, die von Verhältnissen für die derzeitige Notlage der wirtschaftlich Schwachen zeugen, stehen leider, wie eine beachtliche Darstellung des Ertrags der Sammlung in den einzelnen Bezirken des Landes zeigen wird, in einer Reihe von Bezirken Ergebnisse gegenüber, die auch bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Hindernisse hinter den begehnten und nach Lage der örtlichen Verhältnisse gerechtfertigten Erwartungen weit zurückbleiben. Im Interesse der Lebensmittelversorgung der wirtschaftlich Schwachen und der Gründe der Stimmung und des sozialen Friedens wäre es dringend zu wünschen, wenn die Sammlung, vor allem auch in den zur Zeit noch besonders rückständigen Bezirken nachdrücklich gefördert und gefördert zu einem allseitig befriedigenden Abschluß gebracht würde.

Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Die neue Störung im Nordosten macht langsam Fortschritte. Am Mittwoch und Donnerstag ist noch vorwiegend trockenes und kaltes Wetter zu erwarten.

Landsturm-Bataillon-Tag in Rottweil.

Rottweil, 23. Nov. Die Vorbereitungen zum Landsturm-Bataillonstag Rottweil XIII gehen dem Ende entgegen. Erfreulicherweise beteiligten sich die hiesigen Kameraden zahlreich an den Vorbereitungen, jedoch solche rasch zum Abschluß kommen. Die Stadt selbst bietet alles auf, den Aufenthalt der Gäste angenehm und gemütlich zu gestalten. Die Stadtbewohner sind noch in bestem Andenken als treue Besorger der Pflicht zu bezeichnen während einer langen Zeit. Für Unterhalt der Gäste ist georgt durch Bereitstellung von 100 Betten in hiesigen Gasthäusern und durch Privatquartiere. Alles freut sich, wieder

so langer Zeit und frohes Wiedersehen nach erwünscht

Siehe, 28.

Wieder werden sie einen Iler das Thema Weile behandelte Gelange erst vorstandes, Oberpostle ein beabsichtigten, den nächst herr Sanitäts Saal seines Kette durch Gemeinde eingeleiten den Vortrag den der Seite der ganzen (S. B.) Rottweil a. D. Die der hiesigen und Vorstand (S. B.) Rottweil geht wie letzten Tagen. die Bodenfläche für erhellte

Vorträge.

Nach einer Dr. Ströhl dem Vorsitzenden Minuten Rede schule herabgesetzt eines Volkes mühte man sich nach höheres nicht auf diese sionelle Zer der Simultan- nelle Gespalte Bevölkerung d. h. h. die als die, welche Antrag des D. die die abgehen vom geschloffen sein religiösen Ein von Gott aus Tenn was müßigen nicht a. Bis jetzt sei da Neuordnung a ihre Anschauung müßten die C religiösen Willen. Der H. schloffen, irrt. Das f. Kinder. Es g. Schule bleibe, müße überhau pädagogische C schloffen. Die Schule. Der ten in diesem ranglichen L. zu beurteilen. Vollst auf C Rolkbund könn jemals das A zerrissen sei. Daß die höher. Es sei die S. Schulen nur z. d. rüdnis, ihre schloffen. Auf vorher gezeig die religionsf religiösen die Ansprache er Schmidt-Cm Schule für die Erwägungen gebaute Schu. erhalte ein R. Unterricht im Schule. Er beg. anshaltungen an. — Er pe. unterrichts in wenn Religion Kirche solle in vorangehen. — nig Ausnahm an der Simul nicht geade

das Ziel auch der D. N. Parteipolitik getrieben, besetzt über alle konfessionelle geschichtliche Entschiedenheiten und weiter...

Kindlinge. Das Verdrängungs- die Kindlinge des gewartet haben. So Kindlinge betrifft, bisher auf Grund der Bege der Barents-Kindlingen konnten Gleich die Entscheidung- unterteilt in sogenann- ertessen-Verbände" wo- en hat man begonnen, anfluk hierbei ausüben, dadurch tun, daß sie ein Beitreten.

Verwaltungsbeamten. des Innern an die werden die Bezüge der Vergütung im Reich der einzelnen Bezo- Genehmigung durch die neuen Grundges- schläge ohne weiteres agegen ist es nicht z- istrate usw. die neuen Anweisungen sollte tag das Bejoldungs- Im Hinblick auf die beamteten herrschenden lammförmigen und auf- als möglich in die Voregelung, wird genau und bestimmt. Auch die erten sollen angemessen chaften, die den Wehr- ung nicht aufbringen, nd anzumelden und w- reichsmitteln. Gemein- weniger als 20 Pros- Bejoldungsanspruch Die Oberämter und ihre Forderungen beim anzumelden.

gastlich Schwach. ländiger Seite wird mit den Hauptorganisationen der Bevölkerung ein- Gebenden, in denen die Getreide, zum Umlage- hen folgende Bezüge an 800 Jtr., Um mit 2000 en 1800 Jtr. Mit Ge- Diesen erfreulichen Ge- eittige Notlage der wirt- wie eine beabsichtigt den einzelnen Bezirke von Bezirke Ergebnise in Betracht kommenden Lage der örtlichen Ver- urückbleiben. Im Inter- ch Schwachen und and Friedens wäre es bin- vor allem auch in den gärten nachdrücklich setz- tiebigenden Abschluß ge-

nd Donnerstag. pt langsam Fortschritte, r vorwiegend trocken- in Rottweil. nen zum Landsturm- n Ende entgegen. Er- n Kameraden zahlre- zum Abschluß kommen- usenthalt der Gasse an- Stadtbewohner fleiß- eperwillige Quartier- Anmerkungen der Gasse r- eiten in hiesigen Gasse s freut sich, wieder nach-

so langer Zeit der Trennung einander zu sehen und zu begrüßen und großes Wiedersehen zu feiern am 3. und 4. Dezember in den gastfreundlichen Mauern Rottweils. Anmeldungen sind noch erwünscht an Oberlehrer Braun, Zittingen.

Hiesig, 28. Nov. Die hiesige Ortsgruppe des Evangelischen Volksbundes hat ihre Tätigkeit für laufenden Winter wieder aufgenommen. Am Reformationsfeste veranstaltete sie einen Vortragsabend, an welchem Herr Pfarrer Bäßler das Thema „Luther und die deutsche Bibel“ in trefflicher Weise behandelte und einige Damen die Anwesenden mit ihrem Gesange erfreuten. Auch wurde nach Wegzug des früheren Vorstandes, des Herrn Oberkontrolleurs Häußler, in Herrn Oberpostsekretär Koch ein neuer Vorstand gewählt. Der Verein beschäftigt, während des Winters noch drei Abende zu geben, den nächsten am Sonntag, den 4. Dezember, 8 Uhr, wo Herr Sanitätsrat Dr. Kömer die Gölte haben wird, in dem Saal seines Sanatoriums einen Lichtbildervortrag über eine Reise durch Griechenland abzuhalten, und wozu die ganze Gemeinde eingeladen werden soll. Zu dem im Januar stattfindenden Vortrag ist ein Redner aus Stuttgart gewonnen. Mögen dem Verein gute Erfolge beschieden sein, und seine Tätigkeit der ganzen Gemeinde zum Segen gereichen!

(EGB) Rottweil, 26. Nov. Im Alter von 68 Jahren ist Rektor A. D. e. d. e. gestorben. Von 1878-1916 war er Rektor der hiesigen höheren Mädchenschule, Hausvater am Pensthor und Vorstand der Frauenarbeitschule.

(EGB) Vom Wodenjee, 28. Nov. Der Wasserstand des Sees geht wieder stark zurück seit den letzten kalten und trockenen Tagen. Er beträgt jetzt nur noch 2,96 Meter. Für die Bodenbeschliffung bringt ein so niedriger Wasserstand natürlich erhebliche Schwierigkeiten mit sich.

Vortrag über die Einheitschule.

(Schluß.) Nach einer kurzen Pause sprach als erster Diskussionsredner Dr. Ströbele-Stuttgart (Evgl. Volksbund). Er dankte dem Vorsitzenden für die freimütige Uebung der Toleranz (20 Minuten Redezeit). Er wolle nicht das Ideal der Einheitschule herabsetzen. Dieses sei ein Ideal, die sittlichen Kräfte eines Volkes zusammenzufassen. Wenn dies möglich wäre, müßte man für dieses Ideal eintreten, wenn man nicht ein noch höheres dafür preisgeben müßte. Aber die Einheit werde nicht auf diesem Wege erreicht. In Baden z. B. sei die konfessionelle Zerküftung um nichts geringer als anderswo, trotz der Simultanen. Und in Württemberg sei die konfessionelle Gespaltenheit nicht größer, trotzdem die Mehrheit der Bevölkerung durch die Bekenntnisschule gegangen sei. Die Einheitschule, die der Referent gezeichnet habe, sei eine andere als die, welche der Reichsschulgesetzentwurf vorsehe. Wenn der Antrag des Deutschen Lehrervereins vollen Erfolg werde, so werde die Einheitschule zur Zwangsschule. In dieser würde, abgesehen vom Religionsunterricht, jeder religiöse Ton ausgeschlossen sein. In der Naturlehre müßte der Lehrer alle seine religiösen Eindrücke ausschließen, ebenso müßten alle Stünde von Gott aus dem schönen deutschen Lebensbuch entfernt werden. Denn was würden die Freidenker sagen, wenn in den Vorträgen nicht auf ihre Anschauungen Rücksicht genommen würde? Bis jetzt sei das Dasein solcher Kinder ein gesünderes, nach der Neuordnung aber hätten sie ein Recht, die Rücksichtnahme auf ihre Anschauungen zu verlangen. Aus dem Gesangsunterricht müßten die Choräle verschwinden, aus dem Schulzimmer die religiösen Bilder entfernt werden und die Schulandacht ausfallen. Der Lehrkörper könne sich dann aus evangelischen, katholischen, israelitischen und religionslosen Lehrern zusammensetzen. Das sei sicherlich kein Profit für Lehrer, Eltern und Kinder. Es genüge nicht, daß der Religionsunterricht in der Schule bleibe, ja sogar, wie ihn die Kirche haben wolle. Es müßte überhaupt eine religiöse Luft in der Schule wehen. Die pädagogische Einheit sei in der Simultanen daher ausgeschlossen. Diese Einheit beruhe auf der religiös aufgebauten Schule. Der Weg der katholischen Kirche, die Volkseidenschaft in diesem Kampfe auszuspitzen, sei nicht der Weg der evangelischen Kirche. Er bitte die evangelische Kirche nach dem zu beurteilen, was sie tue. Im übrigen profitiere in der Politik auch eine Partei von der anderen. Vom evangelischen Volksbund könne nicht gesagt werden, daß er in diesem Kampfe jemals das Maß überschritten habe. Wenn unser Volk heute zerfallen sei, sollten ihm unnütze Kämpfe erspart bleiben. Daß die höheren Schulen simultan seien, sei nur ein Notbehelf. Es sei die Ausgestaltung dieser Schulen zu konfessionellen Schulen nur zu wünschen. Viele Eltern hätten einfach das Bedürfnis, ihre Kinder in eine religiös einheitliche Schule zu schicken. Auf dem Boden der Freiheit, den der Vortragende vorher gezeichnet habe, sollte man sich verdingen können: für die religionslosen Kinder religionslose Schulen, aber für die religiösen die Bekenntnisschule. — Der Redner der weiteren Aussprache erhielten 10 Minuten Redezeit. — Hauptlehrer Schmidt-Emberg spricht sich als Lehrer an einer Einklassenschule für die Einheitschule aus vor allem aus pädagogischen Erwägungen und praktischen Erfahrungen. Die einheitlich gebaute Schule könne einfach mehr leisten. An Zweigschulen erhalte ein Kind notwendigerweise 200-300 Stunden weniger Unterricht im Jahr als an einer einheitlich gebauten Schule. Er bezweifle sehr, daß die Religionen einheitliche Weltanschauungen seien. — Der Redner führt geschichtliche Beispiele an. — Er persönlich sei für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule. Es sei die Schuld des Zentrums, wenn Religion und Politik so vermischt seien. Die evangelische Kirche solle in der Frage der katholischen mit gutem Beispiel vorangehen. — Hauptlehrer Schmid: Die Lehrer seien mit wenig Ausnahmen für die Simultanen. Der Einwand, daß an der Simultanen ein charaktervoller Gesinnungsunterricht geübt werden könnten, sei durch die höheren Schulen

praktisch widerlegt. Es werde sicherlich nicht im Volke gewünscht, daß die höheren simultanen Schulen in konfessionelle umgewandelt würden. Der Geist der deutschen Dichter und Denter finde dort keine Pflegestätte. Der Unterricht solle nach wissenschaftlichen Grundzügen ertitelt werden. Es könne auch manches religiöse Wort in der Schule gesprochen werden, ohne daß dadurch ein freidenkerisches Kind verlegt würde. Religion sei außerdem Leben, nicht Lehre. Die eigentliche religiöse Schulung müsse daher zuhause stattfinden. Für die Einheitschule sprächen nationale Gründe und Gründe der höheren Leistungsfähigkeit. — Defan Otto Nagold: Es handle sich nicht um die bisherige (christliche) Simultanen, sondern um die religionslose Einheitschule. Es bestehe keine Ahnung von der Intoleranz freidenkerischer Kreise. Man dürfe in diesem Kampfe die Macht der katholischen Kirche nicht unterschätzen. Im Notfall unterwürfen sich ihren Forderungen alle ihre Bekenner mit wenig Ausnahmen. — Der Redner führte geschichtliche Beispiele an. — Auch das Zentrum lasse sich in kirchlichen Fragen über das vaterländische Interesse hinaus leiten. Die katholische Lehrerschaft stehe bis heute geschlossen hinter ihrer Kirche. Der Bischof habe voriges Jahr den Kampf bis aufs Messer in diesen Fragen angelagt. Damit sei die Einheitschule begraben. Wer dann noch für sie eintrete, sei ein Idealist, aber auch ein Utopist. Zu der Behauptung, die Kinder bis zu 14 Jahren hätten kein Verständnis für den differenzierten Unterricht, frage er die Lehrer, ob sie wirklich glaubten, daß Kinder kein Verständnis hätten für das, wofür Luther gekämpft habe. Es handle sich im Religionsunterricht nicht um Formeln, sondern um Berührung mit Persönlichkeiten, von denen Leben ausgehe. Der Redner geht noch auf die Frage Volk und Staat von heute ein, und legt zum Schluß, die evangelische Kirche habe recht, daß sie den Kampf aufgenommen habe. Das evangelische Volk wolle sich lediglich seine evangelische Schule erhalten. — Der Redner des Abends, Heymann, geht noch auf die verschiedenen Einwände der Aussprache ein, besonders auf die politischer und pädagogischer Art. Nach seiner Ansicht sei es nicht unbedingt unmöglich, daß sich in Zukunft weitere Kreise des katholischen Volksteils emanzipieren könnten. Was Baden angehe, so müsse man bedenken, daß dieses Land 50 Prozent Katholiken habe. Trotzdem sei dort lange Zeit eine Politik des Großbunds (Demokraten, Liberale, Sozialisten) möglich gewesen. Das sei ein Erfolg der Gemeinschaftsschule. Er persönlich erkläre sich gegen den Antrag des Deutschen Lehrervereins und gegen den Wortlaut des Reichsschulgesetzentwurfes. Die Grundzüge der Reichsverfassung ließen sich weit toleranter auswirken. Er geht noch auf die Paragraphen der Reichsverfassung und die Entwürfe zu einem württembergischen Schulgesetz ein. — Das Ideal der Einheitschule könne nicht ein für alle mal begraben werden. Religiöse Bilder und Choräle sollten schon aus Gründen ihres Kunstwertes nicht aus der Gemeinschaftsschule verschwinden. Es hätten sich in den letzten Jahren Dinge durchgesetzt, die man vor dem Kriege und während des Krieges für unmöglich gehalten hatte in Deutschland. Wer für die Einheit des Volkes sei, müsse auch für die Einheitschule sein. — Hr. Ströbele dankt dem Redner für seinen Vortrag und den Anwesenden dafür, daß sie sich durch die im Blatt erschienene Anzeige nicht hätten abhalten lassen, die Versammlung zu besuchen.

Die Bemerkung des Vorsitzenden, er freue sich, daß trotz der wenig freundlichen Begrüßung des Referenten in unserer Zeitung so viele Zuhörer erschienen seien, gibt uns Veranlassung, grundsätzlich darauf hinzuweisen, daß wir nicht in der Lage waren, die Ausnahme der Anzeige abzulehnen, ohne uns auf der andern Seite des Vorwurfs einer parteiischen Stellungnahme auszusetzen, so wenig wir seinerzeit die Erklärung von gegnerischer Seite zu dem Vortragsabend zu Gunsten der Bekenntnisschule ablehnen konnten. Dabei ist es für uns vom sachlichen Standpunkt aus durchaus gleichgültig, ob die Anzeige, sofern ihr Inhalt keinen persönlichen, also gegebenenfalls beleidigenden Charakter trägt mit Namensunterschrift versehen wird oder nicht.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Frankfurt, 28. Nov. (Mittagsbörsen.) Der Dollarkurs ging heute bei sehr stiller Geschäft unter dem Einfluß ausländischer Nachfrage nach Markt zurück. Am Notenmarkte waren Dollars 274, 273, 273 1/2, 275, 271 1/2, Lei 195, Deutsch-Oesterreich 5 Geld, 5.15 Brief, Polen 7 1/2, 7%. An der Nachbörse (2.40 Uhr) war der Dollarkurs A. 270%. (Frl. Ztg.)

Landesproduktbörsen.

(EGB) Stuttgart, 28. Nov. In der ersten Hälfte der vergangenen Woche war in Uebereinstimmung mit einer leichten Besserung der Markt die Stimmung am Getreidemarkt eine ruhigere. In der zweiten Hälfte der Woche änderte sich das Bild wieder und schloß die Woche in fester Stimmung. Es notierten am 28. November je 100 Kilogramm ab württembergischen Stationen: Weizen, je nach Lieferzeit 770-800 (am 21. November 750-780), Roggen, nominal 600, Sommergerste, je nach Qualität 740-780 (680-730), Hafer 580-590 (500 bis 540), Weizenmehl Nr. 0 1200-1225 (1150-1190), Brotmehl 950-975 (900-940), Kleie 410-430 (400-420), Hen 200-220 (unverändert), drahtgepreßtes Stroh 85-95 A (unverändert).

Süddeutscher Tabakmarkt.

Vom süddeutschen Tabakmarkt wird berichtet, daß die 1921er Ernte kein brauchbares Zigarettenmaterial sei uns liefert. Die Fabrikanten, die sich nicht mit 1920er Tabaken eingedeckt haben, können heute wegen der hohen Valuta auch in überseeischen Tabaken sich kaum eindenken und haben einen sehr schwierigen Standpunkt. In Holland gehen die Preise für Sumatra- und Java tabak zurück, doch ist es für uns schwer, zu einem Geschäft zu kommen. Zudem bleiben die Anjuden am holländi-

schen Markt aus, da die in Europa erzielbaren Preise noch mehr die Verschiffung lohnen. Wie gewaltig sich die Verschlechterung des Markturzes im Herstellungspreise der Zigaretten ausdrückt, ergibt sich daraus, daß für 1000 Zigaretten mittlerer Preislage durchschnittlich etwa 16-20 Gulden Tabakwert anzu nehmen sind; eine Steigerung des Guldens um 50 A bedeutet also eine Verteuerung von 450-600 A für das Tausend.

Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Gestickte Blumen.

Die große Vorliebe für das Jadenkleid hat auch die Bluse in den Vordergrund gestellt, und so wird die Bluse ein beachtetes Weihnachtsgeschenk sein; besonders die gestickte Bluse. Stiderei-Verzierungen in jeder nur denkbaren Technik ist modern. So sollte man gar nicht denken, wie hübsche Wirkungen man mit dem ganz einfachen Stiel- oder Kettenstick erzielen kann. Wir bringen deshalb unseren Leserinnen heute eine Auswahl von Blumen in der so beliebten Jumperform, richtiger ausgedrückt, von Blumen, die über dem Kopf getragen werden. Diese Modart mit dem angeknüpften Gürtel, der meistens schärpenartig in einer seitlichen Schlaufe endet, ist besonders geschäftig. Gut dazu paßt der halb lange, ziemlich weite Kimonoärmel und der runde Halsausschnitt, der bei den Kleidern gewöhnlich gehalten ist, aber von Schulter zu Schulter geht. Oft ist er mit einem vorderen oder seitlichen Schlitze gearbeitet, der geradezu die Umrandung durch irgendein Bordchen oder eine Stiderei bedingt, als zierliche, schmale Linie, Kurbele nachahmend, oder als dekoratives strahlenförmiges Muster, wie bei unserem Modell B 525 oder auch als Bordüre, Bordürenstiderei, die oft in Verbindung mit Blattschirmen besonders wirkungsvoll ist, scheint auch die gegebene Ergänzung für Sweaterblusen, die man nicht immer nur in der ganz losen Form verarbeiten muß; gerade der in der Taille seitlich zusammengehaltene Sweater wird vielen Damen sympathischer erscheinen. Leichte Strich- und Spannstiderei ziert Schößblusen aus leichten Kreppstoffen oder Seide, und der altbewährte Kreuzstich kommt als Gürtel oder auch als Vortemmrandung verwendet wieder sehr zur Geltung. Uebrigens sei dabei erwähnt, daß man heute das lästige Kanovas-Aufheften sich ersparen kann. Die Technik ist so weit vorgegangen, daß man durch einfaches Aufbügeln auch das Kreuzstichmuster überträgt; so bequem macht das Ulstein-Handarbeitsmuster mit der genauen Beschriftung und Farbenangabe es heute den Frauen. Da werden viele sich auch an eine Bluse im rumänischen Stil heranwagen, da die Durchbrucharbeit am Ärmel und die Smocdarbeit am Halse bei der genauen Beschreibung keine Schwierigkeiten mehr bietet. Doch eine praktische Frau auch den Jumper aus Seide oder Wolle selbst sticht, braucht man wohl gar nicht zu erwähnen.

Anna P. Wedekind.



B-F 455. Bluse mit Schulterärmeln u. Stiderei-Verzierungen, Kleines Ulstein-Schnittmuster in Qualitätgröße 18 und Größe II sowie hügelbares Ulstein-Handarbeitsmuster B 445a (doppelt) mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

B 512. Bluse mit bunter Stiderei und bunter Smocdarbeit, Kleines Ulstein-Schnittmuster in Größe II sowie hügelbares Ulstein-Handarbeitsmuster B 452 mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

B 379. Bluse mit breitem Gürtel und Kreuzstiderei, Kleines Ulstein-Schnittmuster in Größe II sowie hügelbares Ulstein-Handarbeitsmuster B 452 mit genauer Beschreibung hierzu erhältlich.

Ulstein-Schnittmuster Zu beziehen durch Fr. Häußler, Buchhandlung Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Brotkartenabgabe am Donnerstag, den 1. Dezember 1921
 vorm. von 8^{1/2} - 9^{1/2} Uhr Buchstab A-F
 10 12 " " G-L
 nachm. " 2-3 " " M-R
 3-5 " " S-Z

Die Karten sind zur vorgeschriebenen Zeit abzuholen und bei Empfang sofort nachzuführen. Für angedruckte zu wenig erhaltene Karten kann kein Ersatz geleistet werden. Es wird daher ersucht möglichst keine kleine Kinder zu schicken. Die Karten sind für die Zeit vom 1. Dezember 1921 bis 28. Februar 1922. Es werden bei der Kartenzugabe Weismehlkarten abgegeben:

1. an Kinder bis zu 8 Monate 1125 gr für einen Monat,
2. auf ärztliche Zeugnisse.

Die Brotkarten, welche auf der Rückseite den Stempel des Stadtschultheißenamtes erhalten, gelten als Weismehlkarten und werden nur auf Verlangen abgegeben.

Bekanntmachung

betreffend die
 Anmeldung von Veränderungen, welche eine Verichtigung des Grund-, Gebäude- oder Gewerbekatasters bedingen.

Auf Grund des Art. 4 des Gesetzes vom 20. Dezbr. 1899, betr. die Anlegung und Fortführung der Steuerbücher (Reg. Bl. S. 1219, und Art. 60 des Gesetzes vom 8. August 1903, betr. die Besteuerungsrechte der Gemeinden und Amtskörperschaften (Reg. Bl. S. 397), sowie § 7 der Anweisung des R. Steuerkollegiums Abteilung für direkte Steuern vom 23. September 1904 zum Vollzug des Gesetzes, betr. Abänderungen des Gesetzes vom 28. April 1873 über die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer vom 8. August 1903 (Amtsbl. des Steuerkollegiums S. 227) werden diejenigen **Grundeigentümer** (und Gefällberechtigten), sowie **Gebäudebesitzer**, bei deren Grundstücken und Gebäuden während des laufenden Kalenderjahrs eine Veränderung stattgefunden hat, welche eine Änderung des Steuerkatasters zur Folge hat, aufgefordert, hiervon bis **31. Dezember d. S.**, spätestens aber bis zum 15. Januar d. S. bei dem Ortsvorsteher Anzeige zu machen. Ebenso sind von den **Gewerbetreibenden** etwaige in ihrem Betrieb eingetretene (nachhaltige) Veränderungen bis **spätestens 31. Dezember d. S.** bei dem Ortsvorsteher anzuzeigen.

- Eine Anzeigepflicht liegt vor:
- Bei dem Grundeigentum und den Gefällen in den Fällen von Art. 70, 71 u. 72 des Gesetzes vom 28. April 1873 (Reg. Bl. von 1903 S. 344), n. o. insbesondere:
 - wenn die Natur eines Grundstücks auf die Dauer verändert wird durch Veräußerung von Teilen in Wiesen, Wäldern usw. oder umgekehrt, Veräußerung eines Grundstücks als Baumgarten, Hopfengärten, Weinberge usw. oder durch das Aufheben einer solchen Veräußerung;
 - wenn ein Grundstück die Eigenschaft eines Gartens annimmt oder ein Garten eingeschlagenes Grundstück diese Eigenschaft verliert;
 - wenn eine Grundst. an einen and. übertr. wird oder eine im Kataster angegebene Nutzung aus einer anderen Ursache angeht oder sich verändert hat.
 - Bei den Gebäuden in den Fällen von Art. 81 und 82 des obengenannten Gesetzes, n. o. insbesondere:
 - wenn ein Gebäude oder Gebäudeteil neu erbaut worden, ganz oder teilweise zugrundegegangen, oder sonst zur Benutzung untauglich geworden ist;
 - wenn ein Gebäude eine Veräußerung oder eine Wertveränderung dadurch erfahren hat, daß es zum Zweck einer anderen oder anderen Verwendung baulich umgewandelt worden ist;
 - wenn ein Gebäude neu errichtet, oder wenn ein Gebäude durch Anlegen eines oder mehrerer Stodwerke, oder durch Lieberbauung einer weiteren Grundfläche vergrößert worden ist.
 - Bei den Gewerben gemäß Art. 100 des obengenannten Gesetzes:
 - wenn ein Gewerbe neu begonnen, oder mit einem schon bestehenden Gewerbe ein neues verbunden worden ist;
 - wenn ein Gewerbe oder eines von mehreren durch dieselben Personen betriebenen Gewerben aufgegeben worden ist;
 - wenn das Betriebskapital oder die Zahl der Gehilfen und Arbeiter bei einem Gewerbe erheblich und nachhaltig vermehrt oder vermindert worden ist.

Die Herren Ortsvorsteher wollen für die ortsfällige Bekanntmachung des Vorstehenden in ihrer Gemeinde Sorge tragen.
 Die. au., 26. November 1921.
 Finanzamt: Voelter.

Zu kaufen gesucht

5-10 Kubikmeter
 bu chene Bohlen

8-10 cm stark, nur trockene Ware, evtl. Längs gegen 20-25 mm Buchenweil. ee.

Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt,
 Lehmühle, Fernspr. Stat. Leinach 2.

Jainen, den 20. November 1921.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden unserer lieben Tochter und Schwester

Martha

danken wir hiemit herzlich. Insbesondere für die vielen Blumenpenden, die liebevollen Hilfeleistungen, die uns schon während ihrer Leidenszeit zu Teil wurden, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer Däuer, sowie für den erhabenden Gedenkgang, geleitet von Herrn Hauptlehrer Niedhammer und die Teilnahme von ihren Altersgenossen von hier und Leidenzell, sowie den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst

Familie Joh. Zuffe.

Ab Donnerstag, den 1. Dezember, habe ich meine

Mehgerei

wieder geöffnet

und führe fortwährend fettes Hammelfleisch

Adolf Ziegler, Mehgerei und Wirtschaft, Lederstraße.

Günstiges Angebot für Wirte.

Die billigste Zigarette kostet heute 60-80 Pfg.
 Zu alten Preisen sind noch
 ca. 500000 Stück
 an Lager und gebe dieselben nur solange Vorrat an Wirte und Wiederverkäufer ab.

Preis pro 1000 Stück Mk. 250.—, 300.— u. 400.—.

Robert Ott, Calw

Tabakwarengroßhandlung
 Lederstraße 113. Telefon 133.



Henko

Henkel's Wasch-
 Bleich-Soda

unentbehrlich für Wasche und Hausarbeit
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Preis das Paket Mk. 2.50

Erfahren. Mädchen

31 Jahre alt,
 sucht Stelle
 auf 15. Januar oder 1. Febr. in kleinem Haushalt, Pfarrhaus bevorzugt, womöglich auf dem Lande.
 Angebote mit M. Sch. 279 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtigen Schreiner

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Georg Kübler, mech. Bau- u. Möbelschreiner
 Schömberg, Stat. Hö. en.

Mädchen,

welches daheim schlafen kann, für 10 ort über Mittag gesucht.
 Frau Lacher.

Ich bin Befreit

v. allen Hautunreinheiten u. Hautausschlägen, wie Bläschen, Finnen, Pickeln, Hautröte usw. durch tägl. Gebrauch der echten **Rechenpferd-Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.



Ziehharmonikas

können nächsten Monat fast überall den doppelten Preis. Wir verkaufen aber wegen alljährigem Vorrat weit unter dem heutigen Preis

Gebrüder Hohn's

Ötztal Harmonika-Fabrik

Bergstraße 27 Forstheim Bergstraße 27
 Alle Reparaturen in einem Tag, neue Bälge innerhalb 2 Tagen. Fortwährend stets In- und Ausländische gebrauchte auf Lager. Alte Harmonikas können auf neue umgetauscht werden

Einige Fuhren kesselfertiges Stockholz

sofort zu kaufen gesucht.

Angebote erbeten
 Seyfried & Luz, Leinach
 Dampfzägewerk.

Tüchtiger Kaufmann

per sofort gesucht

Gustav Kohler, Mühlenbauanstalt
 Lehmühle Fernspr. Stat. Leinach 2.

Faust-Handschuhe

sonstige Winter-Handschuhe
 Geschw. Deutsch. e.

Elektronalvanischer Heilapparat
 (u. Wöhlm.-Kontak) wenig gebraucht zu verkaufen
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.
 Einen Brief schon, aus Freisen gewaschen

In meinem Geschäft, Leinacherstraße 113 ist gegenwärtig ein **Zwickler** liegen gelassen.
 Der selbe kann gegen Einräumung gegenwärtig abgeholt werden bei
 Robert Ott, Tabakwaren-Gr. handl. Calw. Fernspr. 133.
 Eine alleinlebende **Frau** welche noch Hausarbeiten verrichten kann gegen Kost und Wohnung für sich und 2 Kinder, 10 u. 11 J., zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Milchschweine

(schwarzsch.) verkauft Mittwoch mittags 1 Uhr
 W. Fuchs, Schmiedstr., Simmshausen.

Ein junger, 10 Wochen trächtiges
Mutter-schwein verkauft
 J. Kuonath, b. Köpfe.

Fräulein oder Frau

zur Stütze der Hausfrau in ein Geschäftshaus des würt. Amerikandes in angenehmer und gut bezahlter Dauerstellung baldmöglichst gesucht.
 Ein Dienstmädchen ist vorhanden. Gefl. Angebote erbeten unter W. E. 275 an die Geschäftsstelle des Bl.

Fräulein

21 J alt, mit schöner Handschrift und in Bucharbeiten bewandert, sucht auf 2. Januar 1922 ev. früher geeigneten Posten.
 Angeb. o. e. unter W. E. 273 an die Geschäftsstelle des Bl.

Stammheim.
 2 leichere



Ungarn = Pferde
 das eine 2-jährig, das andere etwas älter, jetzt dem Verkauf aus.
 Matthäus Abele.

20 Zentner Stroh

tauscht gegen Brennholz

Karl Wirth, zum B. u. W. Weidenstadt.

Forstamt Hirsau. Stock-Holz-Verkauf.

Am Freitag, den 2. Dezember 1921, Nachmittags 2^{1/2} Uhr werden im „Alteisen“ in Hirsau, aus Staatswald Herrschaftsbesitzer bei Döbereichenwald 97 Rm. Stock-Holz (ausl. e. t. e. s.), verkauft

Nr. 280

London, 29. November 1921.
 Die amerikanische Finanzverwaltung hat beschlossen, die Steuer auf den Verkauf von amerikanischen Staatsanleihen zu erhöhen. Dies wird die Nachfrage nach diesen Anleihen vermindern und die Zinsen auf den amerikanischen Staatsanleihen erhöhen. Die amerikanische Regierung hat auch beschlossen, die Steuer auf den Verkauf von amerikanischen Staatsanleihen zu erhöhen. Dies wird die Nachfrage nach diesen Anleihen vermindern und die Zinsen auf den amerikanischen Staatsanleihen erhöhen.